

# Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostjachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich (mit Haus 2 RM, (Halbmonat 1 RM), durch die Post bezogen monatlich 2 RM, (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-2 / Geschäftsstelle u. Expedition: Mühlentorstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfach: Dresden Nr. 18 690, Dresdner Verlagsgesellschaft Schriftleitung: Dresden-2, Mühlentorstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gefaltete Nonpareillezeile oder deren Raum 0,35 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM, für die Restameile anschließend an den dreifachen Teil einer Zeile 1,20 RM, Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-2, Mühlentorstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang Dresden, Dienstag den 7. Februar 1928 Nummer 32

## Der Metallschiedspruch aufgehoben!

Der Schiedspruch in der sächsischen Hüttenindustrie vom Dresdner Arbeitsgericht für ungültig erklärt

### Schafft eine einheitliche Kampfbasis!

Gestern wurde vom Arbeitsgericht Dresden, vor dem die Klage des Metallarbeiterverbandes gegen den Verband der Metallindustriellen auf Ungültigkeitserklärung des am 29. Dezember 1927 ergangenen und vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärten Schiedspruch verhandelt wurde, folgendes Urteil verkündet:

„Es wird festgestellt, daß der Schiedspruch vom 29. Dezember 1927 ungültig ist. Der Streitwert wird auf 5000 Mark festgesetzt.“

Zu dem oben angeführten Urteil wurde eine mündliche Begründung nicht gegeben. Es ist anzunehmen, daß sich noch das Landesarbeitsgericht mit dieser Sache beschäftigen wird. Dieses Urteil des Dresdner Arbeitsgerichts hat außerordentlich weittragende Bedeutung. Damit ist nicht nur die Frage der Ungültigkeit des Schiedspruches für die etwa 10 000 Stahlwerker in Sachsen, sondern gleichzeitig auch die Ungültigkeit der für verbindlich erklärten Hüttenarbeiter-Schiedsprüche in Rheinland-Westfalen neu aufgerollt worden. Wenn das Urteil nicht von den obersten Instanzen, vom Reichsarbeitsgericht, aufgehoben wird, werden damit automatisch auch die am 13. Dezember für etwa 220 000 Hütten- und Metallarbeiter der nordwestlichen Gruppe in Rheinland-Westfalen gefällten Schiedsprüche ungültig.

Der Klageantrag auf Ungültigkeitserklärung des Schiedspruches stützt sich auf die ersten drei Punkte, die nach Ueberzeugung des Metallarbeiterverbandes geschwändrig sind und wodurch die Ungültigkeit des ganzen Schiedspruches gegeben war. Zugleich mußte auch die Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches durch den Reichsarbeitsminister bekämpft werden.

Die entscheidenden Punkte, die von der Vertretung der Arbeiterschaft als geschwändrig angesehen wurden, sind die Bestimmungen über eine Stunde Mehrarbeit und über die Sonntagsarbeit. Durch den Schiedspruch war festgelegt worden, daß für die Arbeiter in den Hammer- und Preßwerken, sowie in den fallenden Walzstraßen der Achtstundentag wohl als normale Schichtdauer gilt, daß jedoch eine Stunde Mehrarbeit gefordert werden kann, „wenn es die wirtschaftlichen Verhältnisse erfordern“. In welcher Weise die Unternehmer eine solche Formulierung ausnutzen, ist jedem Arbeiter nur zugut bekannt.

Diese Bestimmung, sowie der Absatz über die Sonntagsarbeit verstoßen gegen die bestehenden Verordnungen des Arbeitszeitgesetzes. Die sogenannten Vorbereitungsarbeiten beim Schmelzprozeß in den Hüttenwerken wollten die Unternehmer nicht unter den Begriff produktive Arbeit fallen lassen. Sie bezeichnen den Beginn der produktiven Arbeit mit dem Abfließen der laut Schiedspruch um 19 Uhr zu erfolgen hat. Das Einleiten des Schmelzgutes, das 7 Stunden vor dem Abfließen erfolgt, erklären sie nicht für produktive, sondern für vorbereitende Arbeit. Der Abfließen selber nimmt nur eine Zeit von 10 Minuten in Anspruch, während die Vorbereitungsarbeiten mehrere Stunden in Anspruch nehmen und somit von einer Sonntagsruhe der Arbeiter nicht gesprochen werden könnte.

Dieses Urteil des Dresdner Arbeitsgerichts muß Veranlassung für die Metallarbeiter sein, durchzusetzen, daß der Metallarbeiterverband nun mit allen Kräften den Kampf um den Achtstundentag und die reine 48-Stundenwoche in der gesamten Hüttenindustrie aufnimmt. Es darf nicht erst gewartet werden, bis andere Instanzen, die durch die Unternehmer bestimmt unter Druck gesetzt werden, versuchen, dieses Urteil rückgängig zu machen oder abzuschwächen. Die Hütten- und Metallarbeiter im Ruhrgebiet und in Oberschlesien werden diese Entscheidung in Dresden begrüßen. Es ist notwendig, daß die Hütten- und Metallarbeiter in Rheinland-Westfalen in ihrem eigenen Interesse und aus Solidarität mit den kämpfenden Hüttenarbeitern in Sachsen den Kampf um den achtstündigen Arbeitstag sofort mit aller Energie und allen Konsequenzen aufnehmen.

Die ausgesperrten Hüttenarbeiter in Riesa, Grödlitz und Döhlen haben gezeigt, daß sie bereit sind, mit aller Entschlossenheit den Kampf durchzuführen. Alle Voraussetzungen sind gegeben, daß diese Bewegung zu einer entscheidenden Niederlage der Hüttenbarone führen kann. Die gesamte Arbeiterschaft ist interessiert an einem erfolgreichen Ausgang dieses Kampfes, weil dadurch der Auftakt zu den kommenden Auseinandersetzungen im Frühjahr gegeben ist. Die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes müssen sich ihrer Verantwortung voll und ganz bewußt werden. Die Mobilisierung der gesamten sächsischen Arbeiterschaft muß nunmehr erfolgen. In öffentlichen

Versammlungen muß aufgezeigt werden, in welcher Weise der Ausgang des Hüttenarbeiterkampfes ausschlaggebend für die kommenden Tarifkämpfe in den wichtigsten Industrien ist. Von dem Druck der Mitglieder auf die Verbandsleitungen hängt es ab, ob es gelingt, die günstige Situation zur Schaffung einer einheitlichen Kampfbasis für alle Metall- und Hüttenarbeiter auszunutzen.

### Sozialdemokratischer Appell an die „Klugheit der Metallindustriellen“

Zu den Verhandlungen, die für Mittwoch im Reichsarbeitsministerium für den mitteldeutschen Konflikt angesetzt sind, schreibt der Vorwärts:

„Die Erwartungen der Industriellen, die Kommunisten würden die Streikbewegung der Metallarbeiter verplüßeln, war trügerisch. Die mitteldeutschen Metallindustriellen sind am Ende ihres Lateins und daher hält der Reichsarbeitsminister die Zeit für gekommen, Verhandlungen einzuleiten.“

Wenn die mitteldeutschen Metallindustriellen klug sind und aus der Erfahrung etwas gelernt haben, kommen sie den Forderungen der Metallarbeiter gehörrig entgegen.“

Interessant ist aus dieser Stellung des Vorwärts, daß er einerseits feststellt, daß die Unternehmer am Ende ihres Lateins sind, statt aber nun daraus den Schluß zu ziehen, daß die Forderungen der Metallarbeiter restlos durchgeföhrt werden müssen, appellieren die reformistischen Gewerkschaftsföhrer an das „Entgegenkommen“ der Unternehmer. Deshalb gilt jetzt für die Streikenden erhöhte Alarmbereitschaft. Sie müssen die Gefahr erkennen und darüber wachen, daß der Kampf nicht zu einem überausen Kompromiß, vielleicht statt drei, vier oder fünf Pfennig Lohnerhöhung, erbrockelt wird. Sie müssen dafür eintreten, daß die Gewerkschaftsvertreter im Arbeitsministerium keine endgültigen Abmachungen treffen, sondern das Verhandlungsergebnis den Streikenden zur Entscheidung über Annahme oder Ablehnung vorgelegt wird. Kein Kampfabbruch ohne restlose Erfüllung der Forderung von 15 Pfennig Lohnerhöhung!

### Arbeitergroßen zur Stärkung der Kampffront

Bei der Firma Schmidt, Halle, beschloßen die kreitenden Metallarbeiter, den unorganisierten Kollegen von ihrer Unterstützung etwas abzugeben, und zwar zahlen sie wöchentlich entweder 30 Pfennig oder 1 Mark für einen Fonds, aus dem sie selbst die Unorganisierten unterstützen.

Die Schüler der Reichsparteihule der KPD in Leisewitz haben mit ihren Lehrern dem Deutschen Metallarbeiterverband den Betrag von 40 Mark für den Unterstützungsfonds der ausgesperrten Metallarbeiter überwießen. Diese Solidaritätsaktion ist um so höher zu bewerten, als fast alle Schüler zur Zeit arbeitslos und ohne Einkommen sind. Sie haben trotzdem beschloßen, ihren Tagesdiätenatz von 1 Mark einmal abzuführen.

Die gesamte Arbeiterschaft muß den Kampf in der Metallindustrie durch Solidaritätsaktionen unterstützen, damit das Unternehmertum geschlagen werden kann.

### Korruptionsgeilder der SPD?

Die SPD in Halle hat bekanntlich ihren Mitgliedern, soweit sie freieren 5 Mark pro Kopf gezahlt als Sonderunterstützung. Unter den SPD-Arbeitern besteht die Meinung, daß die Gelder hierzu aus einem Korruptionsfonds stammen. Verschiedene SPD-Kollegen haben die Annahme der 5 Mark abgelehnt; sie wollen wissen, woher das Geld kommt.

Im übrigen hat der Geschäftsföhrer des DMB in Magdeburg dem Vorstehen der SPD in Halle, Schaumburg, heftige Vorwürfe wegen dieser Unterstützung gemacht. Er sagte: „Ihr in Halle mit euren paar SPD-Leuten könnt wohl solche Gelder auszahlen, aber wir in Magdeburg sind dazu nicht in der Lage. Wenn eure Unterstützung in Magdeburg bekannt wird, können uns unsere Parteigenossen die Bude ein ein und verlangen auch eine Sonderunterstützung.“

### Streikföhrer bei Anton Reiche?

Wie uns heute mitgeteilt wird, soll der Arbeitsnachweis litographisches Personal neu für Anton Reiche vermitteln, obgleich ihm bekannt ist, daß das alte Personal wegen Lohn-differenzen die Arbeit niedergelegt hat. Gleichzeitig erfahren wir, daß ein Privatlitograph T r i e b e aus Niederstehlig sich zur Lieferung von geschliffenen Steinen und Zinkplatten bereit erklärt hat, um so die Streikföhrerarbeit zu ermöglichen. Die Decker von Anton Reiche werden wissen, wie sie sich solchen Maßnahmen gegenüber als Klassenbewußte Proletarier einstellen haben!

## Arbeiterantwort auf SPD-Berrat

Ein Berliner sozialdemokratischer Funktionär geht zur KPD, überzeugt durch die Rostepolitik des SPD-Polizeipräsidenten!

Berlin, 7. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Die rote Fahne erhielt die Abschrift des nachstehenden Briefes, den sie in photographischer Wiedergabe zugleich mit dem Funktionärsausweis des bisher sozialdemokratischen Briefschreibers veröffentlicht:

Berlin, den 5. Februar 1928.  
An den Bezirksverband Berlin der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Berlin SW. 68, Lindenstraße 1.  
Gelegentlich des vierten Aufmarsches der Stahlhelmformationen im Frühjahr vorigen Jahres in Berlin habe ich den Antrag, den damaligen Genossen Polizeipräsidenten wegen Be-



Jörgiebls Faschistenjagd attackiert Arbeiterdemonstranten

günstigung staatsfeindlicher Organisationen aus der Partei auszuschließen. Das ist nicht geschehen; auch kein Parteigenosse und Antonachfolger hat es nicht für nötig befunden, das rote Berlin von diesem zweiten Aufmarsch der Faschisten zu befreien. So haben sich im Gegenteil keine Polizeibeamten bei der Säuberung der Straßen, zum Beispiel der Schlossbrücke, in einer Art mit dem Gummiknüppel betätigt, die beweist, wie weit das Rostepolitikem Schute gemacht hat. Mit erschreckender Deutlichkeit ist mir besonders heute wieder zum Bewußtsein gekommen, daß alle

meine Bemühungen, durch meine Referate revolutionierend auf die Parteigenossen zu wirken, scheitern müssen, so lange die Partei von bürgerlichen Föhren und Bürokraten beherrscht ist. Es kann sie nur eines vor dem endgültigen Untergang retten:

Säuberung von ihrer verfallenen Föhreschaft.

Von einem Revolutionär — der ich stets bleiben werde — kann man aber nicht erwarten, daß er länger einer Partei angehört, die das Erbe Bebel's und Marx' verlernt hat. Ich scheide mit dem heutigen Tag aus der Partei des Programm- und Prinzipienverrats aus und verspreche euch:

Meine ganze Kraft gehört von nun an in die Reihen der KPD im Kampf gegen die Konterrevolution, die SPD.

Wilhelm Richter, Berlin-Steglitz.

Diese proletarische Antwort auf die Faschistenpolitik der sozialdemokratischen Staatsfunktionäre ist ein Weitergehen am innenpolitischen Horizont. Sie gewinnt dadurch besondere Bedeutung, daß sie zu einer Zeit erteilt wird, in der die Sozialdemokratie ganz kampflos, zum Zwecke der Abfallverhinderung durch tabulale Gesten und durch wüste Kommunistenbeke die proletarischen Anhänger über die Tafel der Hinwegzuführen versucht, daß sie ihre Theaterrolle als „Opposition“ über Bord wirft und unter dem Banner Rostes den Weg zur Großen Koalition ebnet.

Dieser linke sozialdemokratische Arbeiter hat endlich den konterrevolutionären Charakter der Partei erkannt, die den Ruhm der Tradition der ersten deutschen Arbeiterpartei nur benutzt, um die Theorie und Praxis des revolutionären Marxismus durch die reformistische „Staatsverhaltende“ Gasse zu schleifen.

Die Gummiknüppel Jörgiebl's haben die Jünger getötet, die SPD wieder „revolutionieren“ zu können. Dieser Proletarier hat mit einem Uebertritt zur KPD die Konsequenz gezogen aus der Erkenntnis, daß die SPD wohl der richtige Platz ist für die „Altsocialisten“ Wels, Müller, Scheidemann, Rostke, Jörgiebel, nicht aber für aufrechte revolutionäre Klassenkämpfer, für die der Satz heilig ist:

Ich bin und bleibe ein Tokeind der bürgerlichen Gesellschaft!